

HERDER- KORRESPONDENZ

MONATSHEFTE FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

Heft 9

52. Jahrgang

September 1998

Die meisten Probleme der Zukunft sind soziale Probleme.

André Habisch

Über den 27. September hinaus

Deutschland steht mitten im Wahlkampf. *Elisabeth Noelle-Neumann* schwärmte noch in den siebziger Jahren, welch spannungsreiche Meinungsbildungszeiten Wahlkämpfe seien und welch großartige politische Lernprozesse in der Bevölkerung damit in Gang gesetzt würden. Ließ sich schon damals fragen, ob bei solch hoher Wertschätzung von Wahlkämpfen als politischer Lernzeit nicht die kreative Interpretation demoskopischer Daten die politische *und* die menschliche Wirklichkeit verdrängte, so wird vom Bundestagswahlkampf 1998 erst recht niemand behaupten wollen, er biete den Stoff, der Interesse am Meinungsstreit erregte oder gar Klarheit in die Sachverhalte brächte.

Natürlich füllen die großen Matadore auch jetzt wieder die Säle und die kleineren Kandidaten eilen von Standplatz zu Standplatz, von Hinterzimmer zu Hinterzimmer. Ein harter Job. Und natürlich beschäftigen sich auch in diesem Wahlkampf eine Menge Verbände, Vereine und Gruppen mit einer ebensolchen Menge politisch und auch in wahlkampf-relevanten Themen von dem alles überragenden Problem der Arbeitslosigkeit über die Besserstellung von Familien mit Kindern im Rentensystem bis zum Kündigungsschutz, den Zahnarzt Honoraren, dem Staatsbürgerschaftsrecht und der einstweilen suspendierten, aber nach dem 27. September mit Sicherheit durchzuführenden Steuerreform, melden – von den Gewerkschaften über die Umweltverbände, den Steuerzahlerbund und den Mieterverein bis zu kirchlichen Gruppierungen – ihre Interessen an, erörtern Gerechtigkeits-themen, stellen Forderungen auf, setzen Wahlprüfsteine. Mit nicht allzu großer Wirkung, wie man annehmen darf.

Nur wenn Redaktionen, Fernsehmoderatoren oder Wahlkämpfer selbst aufgeschreckt werden durch verstörende

Umfragen, nach denen bis zu einem Drittel des Wählervolks „das demokratische System“ – so wie sie es erleben, wird man wohl hinzufügen müssen – ablehnen, und ein weiteres Drittel Zweifel an dessen Wertigkeit äußert, kommen schon einmal öffentlich Grübeleien über die Entfremdung zwischen Staat und Bürger und über die Nachhaltigkeit demokratischer Überzeugungen auf. Richtig in Wahlkampf-szene setzen sich natürlich die größten oder wenigstens formellsten Interessenvertreter: Die Gewerkschaften setzen sich vehement für einen „Politikwechsel“ ein und lassen sich diesen Einsatz trotz der auch bei ihnen knapper gewordenen Mittel auch etwas kosten. Die Industriellen- und Arbeitgeberfunktionäre führen wahlkampfgerecht Bekehrungsübungen vor. Solange der Wahltermin noch fern war, überboten sie sich gegenseitig mit Klagen über schlechte Standortbedingungen und Bonner Reformstau; jetzt, wo ein Regierungswechsel in greifbare Nähe gerückt ist, wetteifern sie darum, dem Wählervolk zu versichern, daß Reformen der bisherigen Bundesregierung doch greifen und die auch durch die bisherige Bundesregierung geförderte gute Konjunktur nun auch auf den Arbeitsmarkt durchschlage.

Ansonsten und vor allem bei den Wahlkampfmatadoren selbst reduziert sich Wahlkampf zumindest in seinem wahrnehmbaren Teil auf *Koalitionsspekulationen* und auf *Personelles*.

Die SPD hat den wahltaktischen Wert einer großen Koalition entdeckt. Man weiß schließlich: Unpopulär wäre ein solches Projekt nicht. Wenn man schon von keiner Partei große Schritte oder gar große Lösungen erwartet, so doch am ehesten Fortschritte von einem Blockaden auflösenden Zusammengehen der beiden Volksparteien auf Zeit. Dem Wähler kann damit signalisiert werden: Die Entwicklung läuft endgül-

tig gegen die bisherige Koalition und gegen die Union; zu mehr als höchstens zu einer großen Koalition werde es für die Christdemokraten auf keinen Fall mehr reichen. Zugleich läßt sich so Distanz zu Rot-Grün – und zur PDS, Magdeburger Modell und mögliche SPD/PDS-Koalitionen in anderen neuen Bundesländern hin oder her, erst recht – suggerieren. Die Union erwehrt sich nur schwer solcher Umarmung. Gegenüber dem alle bürgerliche Schichten einullenden Schröder-Trend wird der der Union und insbesondere dem Bundeskanzler so liebe Lagerwahlkampf, auf dem sachpolitischen Hintergrund der Bundesrepublik heute an sich schon ein Anachronismus, endgültig zum Windmühlengefecht. Und Antikommunismus ohne Kommunismus – das läßt die Union mit oder ohne Lagerwahlkampf immer älter aussehen.

Den Parteien läuft die Wirklichkeit davon

Gut, es wird gesagt, es fehlen die großen Themen, außen- und europapolitisch vor allem. Der Euro ist – zunächst einmal – gelaufen. Die Osterweiterung ist noch in einiger Ferne. Ein neuer Ost-Westkonflikt ist trotz russischer Vetos zu Balkanpolitik und der Nato-Osterweiterung nicht zu befürchten, weil Machtdemonstrationen nach außen durch innerrussische Miseren gebremst werden. Die tristen Vorgänge im Kosovo lassen sich noch als unvermeidliche, aber begrenzbar regionale Konflikte einordnen. Der Antiamerikanismus, der selbst zu Zeiten der heißesten Nachrüstungsdebatten immer schwächer war, als er nach außenhin auftrat, hat sich verloren.

Es fehlt auch der äußere und innere Gegner, wenigstens einer von weltanschaulichem Rang. Die großen innenpolitischen Probleme sind für alle Parteien gleich schwer lösbar, das zwingt zur Annäherung vor allem zwischen den großen Volksparteien in der Sache. Um so mehr müssen sie sich gerade in Wahlkämpfen durch Koalitionsstrategien und Personalisierung voneinander unterscheiden, schon allein um Geschlossenheit demonstrieren und zudecken zu können, daß ideologisch-politische Gegensätze inzwischen oft mehr innerhalb der Parteien als zwischen den Parteien zu schaffen machen.

Man hört sie schon lange, alle diese Argumente. Aber es ist nicht das Fehlen großer Themen, auch nicht die Abwesenheit des ideologischen Gegners, und es sind auch nicht die Gesetzlichkeiten der Medien, die Wahlkämpfe zur Farce machen, sondern es ist in erster Linie die Antiquiertheit der agierenden Parteien, die solche Wahlkämpfe zur Folge hat, wobei die Unterschiede selbst zwischen „Alt“- und „Jungparteien“ Zug um Zug geringer werden. Sie reflektieren und transportieren nicht mehr die gesellschaftliche Wirklichkeit. Sie tun es, je rascher sich diese wandelt, um so weniger. Man klammert sich an aus der fernerer oder näheren Vergangenheit übriggebliebene ideologische Splitter und kommt so zu Positionen, wo nicht nur Haupt- und Nebensache nicht mehr voneinander unterscheidbar sind, sondern der Bezug zur gesellschaftlichen Wirklichkeit überhaupt abhanden kommt. Die einen lehnen mit dem Argument, die Familie müsse ge-

stützt und erhalten werden, Ganztagschulen ab. Obwohl angesichts sehr vieler Familiensituationen die Ganztagschule eine der stärksten Familie und Erziehung stützenden Einrichtungen werden dürfte. Die anderen wollen aus sozialen Gründen das Verbot von Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz festschreiben, obwohl es gegen Studiengebühren höchstens Egalitäts- aber überhaupt keine sozialpolitischen Argumente gibt, da man sie je nach Bedürftigkeit kürzen oder erlassen kann. Die dritten sind aus Antidiskriminierungsgründen für die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare mit heterosexuellen, als ob es in einer Zeit der propagierten freien Lebensformen auf die Verehelichung ausgerechnet gleichgeschlechtlicher Paare ankäme.

Wahlen gewinnen lassen sich mit solchen „Eckpunkten“ natürlich noch weniger als mit Konzepten zum Kombilohn oder gar durch politische Rationierung des Urlaubsverkehrs. Und da man es andererseits schlicht aufgegeben hat, die komplizierte Welt mit Sachargumenten zu erklären und Konzepte zur Beschäftigungspolitik oder zur sozialen Sicherung gegeneinanderzustellen, bleibt im Wettbewerb um Machterhalt und Machtgewinn nichts anderes übrig, als auf Verfahrensvorteile und optische Feldüberlegenheit zu setzen.

Die Probleme können nicht warten

Was aber nun? Soll die Entwicklung einfach so weiterlaufen? Aber bis zu welchem Ende und zu welchem Ziel? Soll man auf die Selbstheilungskräfte des politischen Prozesses setzen? Wahlen im demokratischen Staat einen viel geringeren Rang zumessen? Aber geht das, ohne das demokratische System selbst zu beschädigen? Oder darauf hoffen, daß die Parteien einfach über die parlamentarischen Entscheidungszwänge wieder zu politisch kompakterer Meinungsbildung zurückfinden?

Die Probleme, die in den nächsten Jahren zur Lösung anstehen, sind jedenfalls gewaltig und können weder auf parteipolitische Konversionen noch auf einen anderen Parlamentarismus warten. Wir erleben zur Zeit einen *technologischen Umbruch*, wie es ihn seit den ersten technischen Aufschwüngen des frühen 19. Jahrhunderts höchstens alle fünfzig Jahre gegeben hat – mit Auswirkungen auf die gesamte Lebenswelt. Das Ende der Industriegesellschaft oder ihre Umwandlung in eine nachindustrielle Organisations-, Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft ist nicht Rhetorik, sondern Tatsache. Weitgehend Rhetorik aber sind bislang die Antworten darauf, insbesondere was den Wandel der Arbeitswelt betrifft.

Im Prinzip unumstritten sind zwei Dinge: daß das erforderte Arbeitsvolumen mit der technologischen Entwicklung tendenziell zurückgeht, und daß die für die Industriegesellschaft typische individuelle Vollzeitbeschäftigung nicht mehr Maßstab künftiger Entwicklungen sein kann. Und klar ist auch, daß „Lohnarbeit“ künftig weit weniger Lebenssinn und Lebensmitte des Durchschnittsbürgers sein wird als bisher, und daß sich damit für den einzelnen und für die Familien die

Einkommensquellen stärker diversifizieren müssen. Mit der Veränderung der Arbeitswelt und den sie begleitenden demographischen Verschiebungen wird nicht nur der Bismarckschen Sozialversicherung der Boden entzogen, es wird neben einem Systemwechsel bei der Absicherung von Lebensrisiken auch eine grundlegende Reform des Steuersystems notwendig und zwar nicht allein im Sinne einer Verlagerung der Besteuerung von der Leistung auf den Konsum, sondern noch stärker von den Arbeitseinkommen auf Vermögens- und Kapitalerträge.

Eine „Gesellschaft der Selbständigkeit“ als Ziel ist der nachindustriellen Organisationsgesellschaft angemessen, aber es muß vermieden werden, daß ein ideologisch überhöhter Markt allein die Lebensbedingungen und Lebensregeln diktiert. Vor allem muß das Entstehen einer neuen Klassengesellschaft vermieden werden. Klassengesellschaft dabei verstanden einmal im herkömmlichen Sinne, daß nicht eine schmale Schicht von Marktgewinnern über eine breite Masse von Marktverlierern „verfügt“, zum anderen in einem modernen gesellschaftspolitischen Sinne, daß das Gros der Bevölkerung sich nicht von einer zahlenmäßig begrenzten, aber gesellschaftlich den Ton angegebenden Gestaltungselite in die Passivzonen der Unterhaltungsindustrie abdrängen läßt, wo Menschen zwar materiell existieren können, aber vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind werden.

Die größere soziale, geographische und kulturelle Mobilität schafft im mitteleuropäischen Raum noch kaum Mischkulturen – die multikulturelle Gesellschaft, auf Mitteleuropa bezogen, ist nach wie vor ein Pleonasmus – rückt aber Menschen unterschiedlicher Traditionen und Kulturen enger in die persönliche Begegnung. Vermutlich verlangt dies von der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung eine weit größere persönliche und soziale Anpassungsleistung als die ohnehin als Weltvorgang überschätzte Globalisierung, die in erster Linie die internationale Finanzwelt bewegt, und bei der eine Menge heißer Spekulationsluft und viel virtueller Spieltrieb am Werk sind. Die jetzt wieder virulent werdenden dumpfen Formen von Chauvinismus und Fremdenhaß zeigen, welche Konflikte im Zuge vermischter Annäherung unterschiedlicher kultureller Traditionen und Lebensstile noch zu verarbeiten sein werden.

Für alle diese Aufgaben sind die heutigen in ihrer Mitgliedschaft alternden und schrumpfenden Parteien wenig geeignet. Sie üben zwar gesellschaftliche Macht aus. Ihre Vertreter sitzen so gut wie in allen tonangebenden und auch nicht tonangebenden Gremien, vom Verwaltungsrat von Sparkassen bis zu den Fernsehräten, aber ihre Erfahrungspotentiale die gesamtgesellschaftliche Entwicklungen betreffend sind arg geschrumpft.

Die „Wiederherstellung von Politik“ (*Erhard Eppler*) wird deshalb nicht allein in der Durchsetzung des Primats der Politik gegenüber einer globalisierten Wirtschaft – national wie international – bestehen können, sondern hat zwei weitere Voraussetzungen.

Die erste: eine strukturelle Erweiterung politischer Meinungsbildung. Sie kann schon angesichts der zu bewältigen-

den Problemdichte weniger denn je in engen Parteizirkeln nach innen und in frontaler Volksbelehrung nach außen stattfinden, sondern wird ihren natürlichen Platz finden müssen im informellen wie organisierten Gedankenaustausch zwischen Politikern der unterschiedlichen Ebenen, wissenschaftlichen Experten, Sozialpraktikern, der Kulturagenten und Wirtschaftsleuten, wo Projekte geprüft, Modelle entwickelt, öffentlich zu ventilierende Problemlösungen vorbereitet werden. Und die zweite: Eine Reparlamentarisierung des politischen Prozesses im eigentlichen Sinne. In den Parlamenten müssen nicht nur die Gesetze gemacht werden, die Parlamente sind auch der Ort, wo die politische Meinungsbildung ihre Verbindlichkeit erhält. Das schließt ein: Entscheidungen möglichst aus der Sache heraus und weniger an Hand parteipolitischer Vorgaben. Was natürlich auch zur Bedingung hat: weniger Fraktionszwang.

Amerika ist diesbezüglich die reifere Demokratie. So abwegig es ist, die USA sozialstaatlich zu kopieren, bezüglich Parteien und Parlamentarismus könnten Europäer allgemein und Deutsche im besonderen von Amerika tatsächlich viel lernen. Parteien hätten sich demgemäß auf die Rolle von Dienstleistern in der politischen Meinungsbildung, auf die Rekrutierung des politischen Führungspersonals, damit auf die personelle Ermöglichung von Wahlen zu beschränken.

Eine Große Koalition könnte hilfreich sein

Und möglicherweise weist in dieser Perspektive betrachtet, das Wahlkampfgeschehen 1998 sogar in die richtige Richtung. Die Personalisierung führt die Parteipolitik an ihre Grenze. Die Art der medialen Vermittlung befördert das zusätzlich. Die Union ist unter Kohl ohnehin mehr noch als unter Adenauer wieder zum Kanzlerwahlverein geworden. In Deutschland Ost fassen die alten Parteistrukturen schon gar nicht mehr Fuß. Ist der Schröder-Trend erfolgreich und gelingt es damit, die SPD-Funktionärschicht auf Dauer ideologisch zu entmachten, wird sich die gleiche Entwicklung auch in der SPD beschleunigen.

Vertretbar ist eine solche Entwicklung mittelfristig allerdings nur, wenn sie zugleich zu einer Versachlichung der politischen Auseinandersetzung jenseits von Wahlterminen und Wahlkämpfen führt. Eine Große Koalition auf Zeit, die Lagerwahlkämpfen nicht ins Konzept paßt, aber zur Konzentration auf Wesentliches zwingt, könnte dabei helfen. Parteien müßten dann weniger aufeinander einschlagen, primärer Ort der Auseinandersetzung, damit auch des politischen Lernens, wären dann wieder die Parlamente und die gesellschaftlichen Vorräume, in denen ihnen zugearbeitet wird. Und Wahlkämpfe wären mit der ihnen allein, aber spezifisch zumutbaren Funktion, die Entscheidungsfindung das politische Personal betreffend herbeizuführen, hinreichend ausgelastet und von der übertriebenen Erwartung, gleichsam als politische Hilfs- oder Ersatzschule der Nation fungieren zu müssen, entlastet.

David Seeber